

Behinderung und Vermeidung von Mitbestimmung in Deutschland

PD Dr. Martin Behrens/Dr. Heiner Dribbusch,
WSI

Dr. Sebastian Sick, LL.M.Eur., I.M.U.

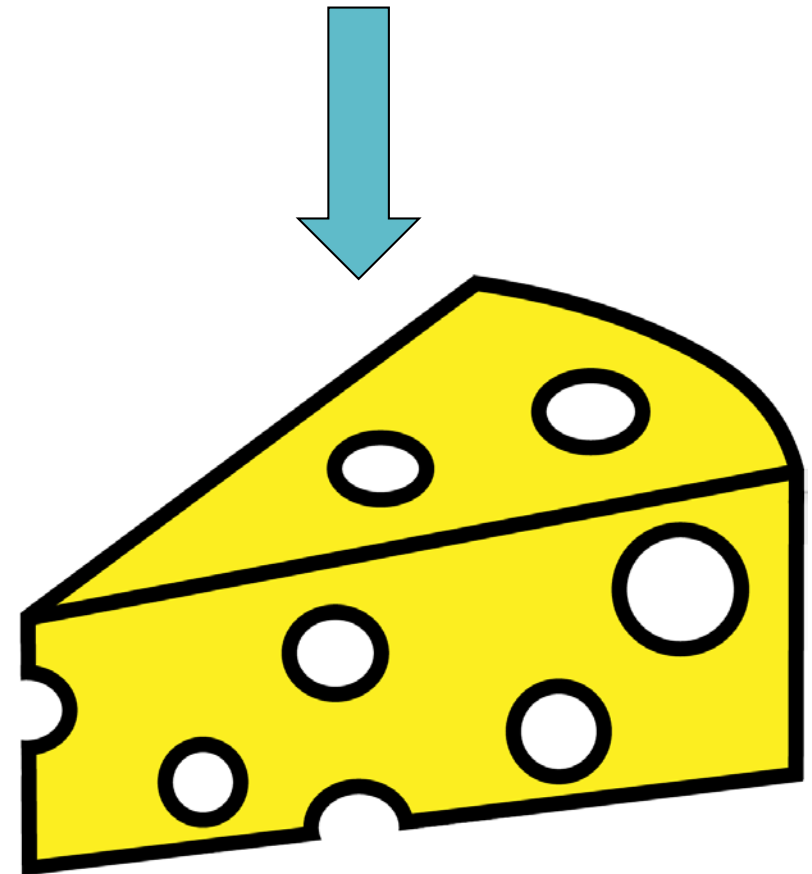
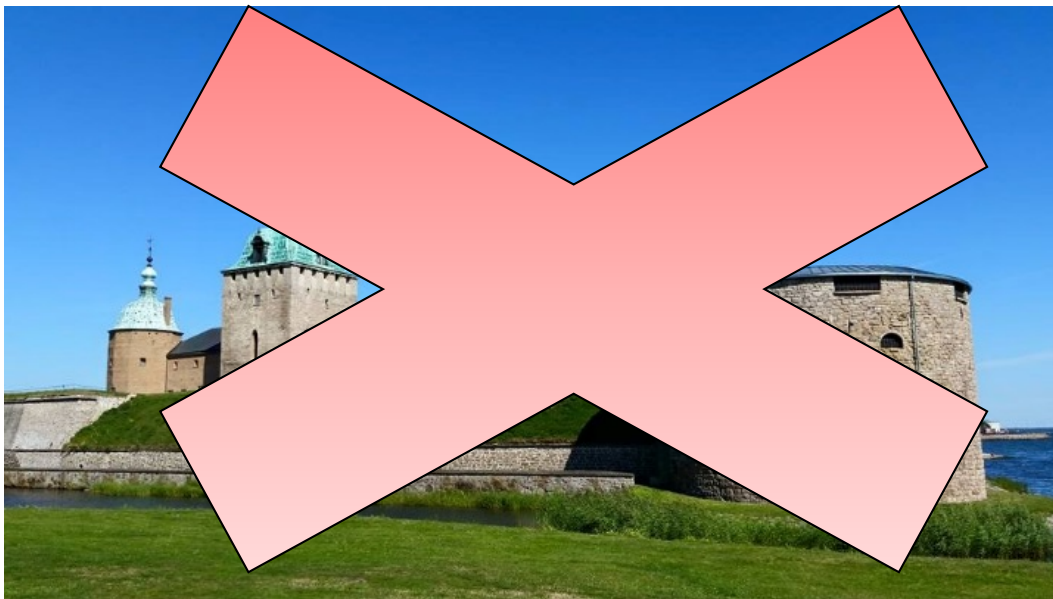
WSI-Herbstforum
Berlin, den 19.11.2019

Inhalt

1. Vermeidung der
Unternehmungsmitbestimmung
2. Gegenstrategien und Perspektiven
3. Arbeitgebermaßnahmen gegen
Betriebsräte
4. Gegenstrategien und Perspektiven

VERMEIDUNG DER UNTERNEHMENSMITBESTIMMUNG

Realität der Unternehmensmitbestimmung



Europäische Herausforderungen für die Mitbestimmung:

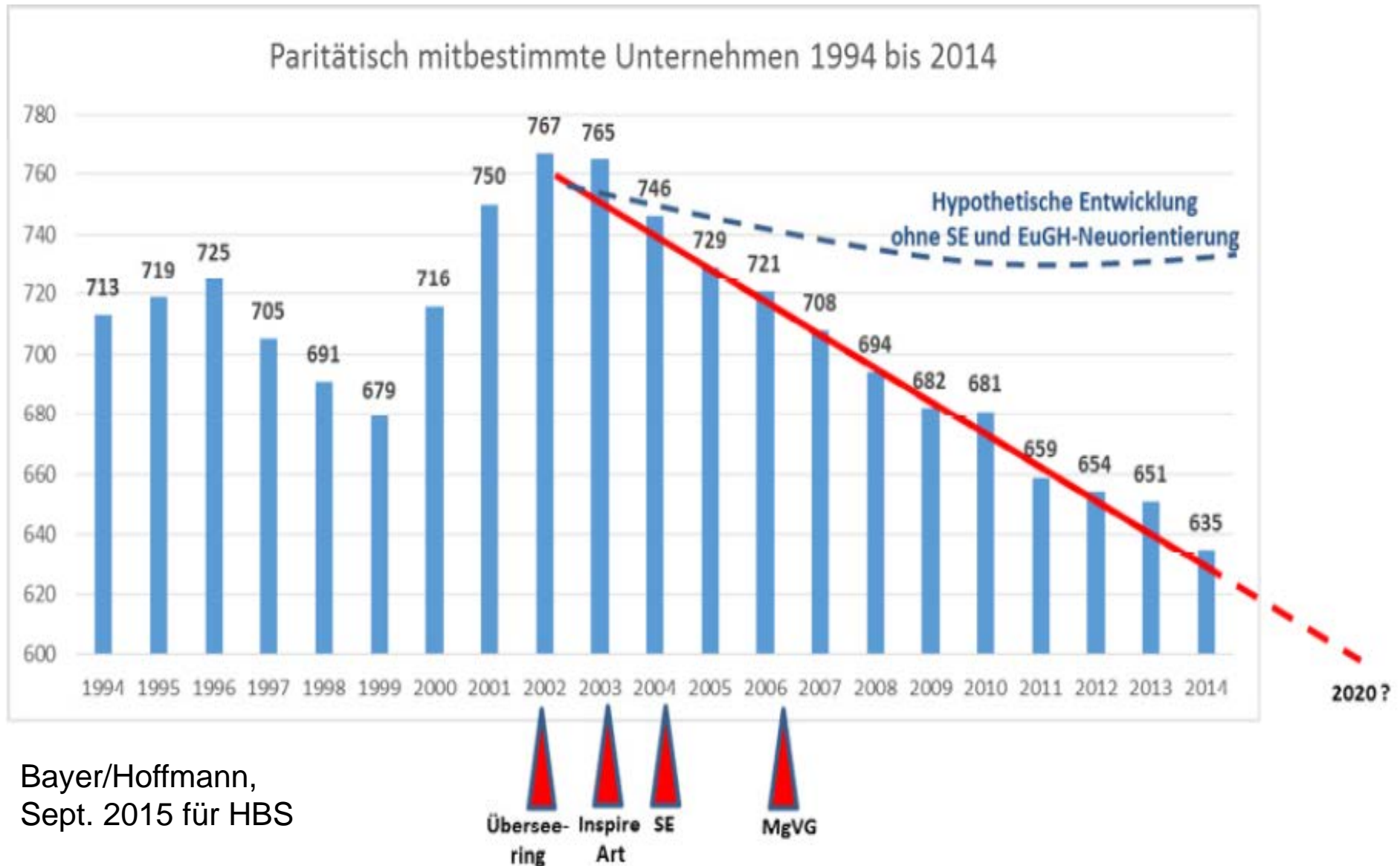
1. **Corporate Governance: Machtbalance in Gefahr**
Aktionärsrechte/“Aktionärsdemokratie“, Investorengespräche, Unabhängigkeit,
2. Harmonisierungsbereiche mit **lückenhaftem Verhandlungsmodell**:
SE-Richtlinie, SCE-Richtlinie, Fusionsrichtlinie, Company Law Package (Umwandlung, Spaltung, Verschmelzung)
3. **EuGH-Rechtsprechung zu Niederlassungsfreiheit** seit 2000 (von Centros, bis Polbud) ermöglicht **Forum Shopping**:
→ Sitzverlegung und Nutzung ausländischer Rechtsformen

 **Neue Vermeidungsoptionen durch Europäisches Recht**

Schleichende Erosion der Mitbestimmung?

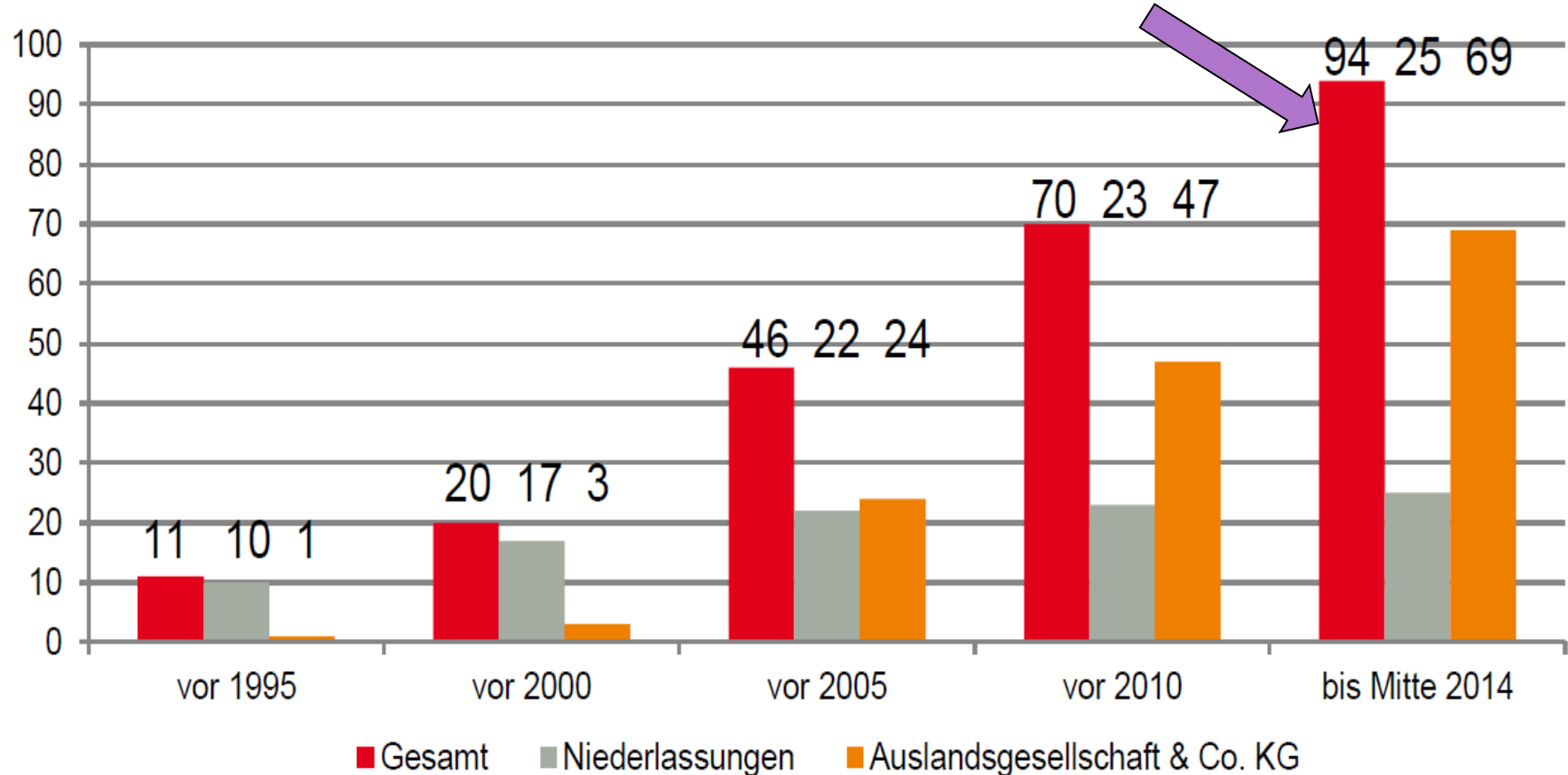
1. Vermeidung der Mitbestimmung
→ Flucht VOR Mitbestimmung! Weniger AUS Mitbestimmung
2. Schwächung der Rechte bei Mitbestimmung
(AR-Größe, Doppelstimmrecht, Gewerkschaftsvertreter,
Stärkung der Investoren = Schwächung des Aufsichtsrats)

Paritätisch mitbestimmte Unternehmen



Nutzung einer ausländischen Rechtsform

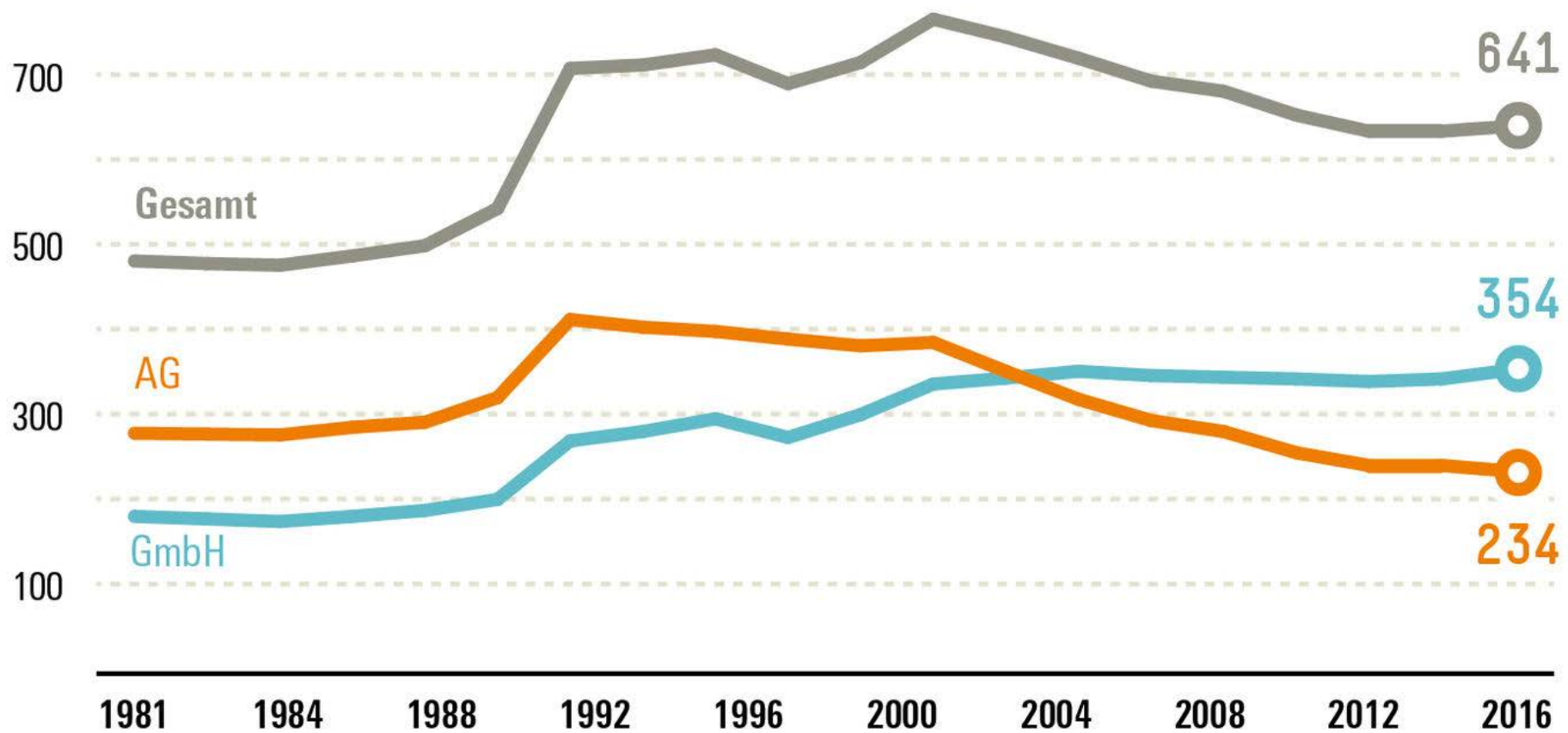
Entstehungszeitpunkt von Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmern in Deutschland



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung: Mitbestimmungsreport Nr. 8, Februar 2015

Aufsichtsräte nach MitbestG

Entwicklung mitbestimmter Unternehmen nach Rechtsformen seit 1981



Quelle: Abteilung für Mitbestimmungsförderung 2017

Hans Böckler
Stiftung

Vermeidungsstrategien

Dazu kommt:
Gesetzeswidrige
nicht Anwendung
der
Mitbestimmung
(56% GmbH im
Bereich DrittelbG)

> 800.000
Arbeitnehmer ohne MB

Neuerungen im Europ. Recht
Company Law Package 2019
??

Nutzung ausländischer
Rechtsformen

ca. 100 Unternehmen
mit ca. 300.000 AN

„Einfrieren“ durch Umwandlung
in eine SE

50 Unternehmen
mit > 150.000 AN

Stiftungskonstruktionen

ca. 335.000 AN
betroffen

-Lücke in der Drittelbeteiligung
-Konzernzurechnung
-GmbH&Co.KG

ca. 600 Unternehmen



Vermeidungsoptionen durch internationale Konstruktionen

Ausländische (Zwischen)Holding
Bauhaus, Ameos

Ca. 100 Unternehmen
ausländischer Rechtsform:
Air Berlin, ALBA, C&A

50 SE
Konstrukte
Vonovia,
Deichmann,
Freudenberg,
Zalando

Grenzüberschreitende Verschmelzung
Hilti AG (Schweiz)
Apetito catering AG,
Bitburger Holding GmbH

Company Engineering:
Linde/Praxair (Zentrale Irland)
Holding TK Steel nach NL



Erosion der Mitbestimmung durch Rechtslücken?

GEGENSTRATEGIEN UND PERSPEKTIVEN

Ansatzpunkte für Gegenstrategien

Unternehmensmitbestimmung national schützen und durch europäische Mindeststandards untermauern

➤ **National Lücken schließen**

a. **Einfrieren verhindern**

→ Dynamisches Element bei Verhandlungslösung

b. **Ausländische Rechtsformen**

→ Mitbestimmungserstreckungsgesetz

c. **Drittelbeteiligungslücke schließen**

➤ **In Europa Mindeststandards für AN-Beteiligung**

a. **Rahmenrichtlinie** mit Mindeststandards

zu Information, Konsultation und Mitbestimmung

(EGB-Escalator: 50/250/1000)

b. **Stakeholderrichtlinie**

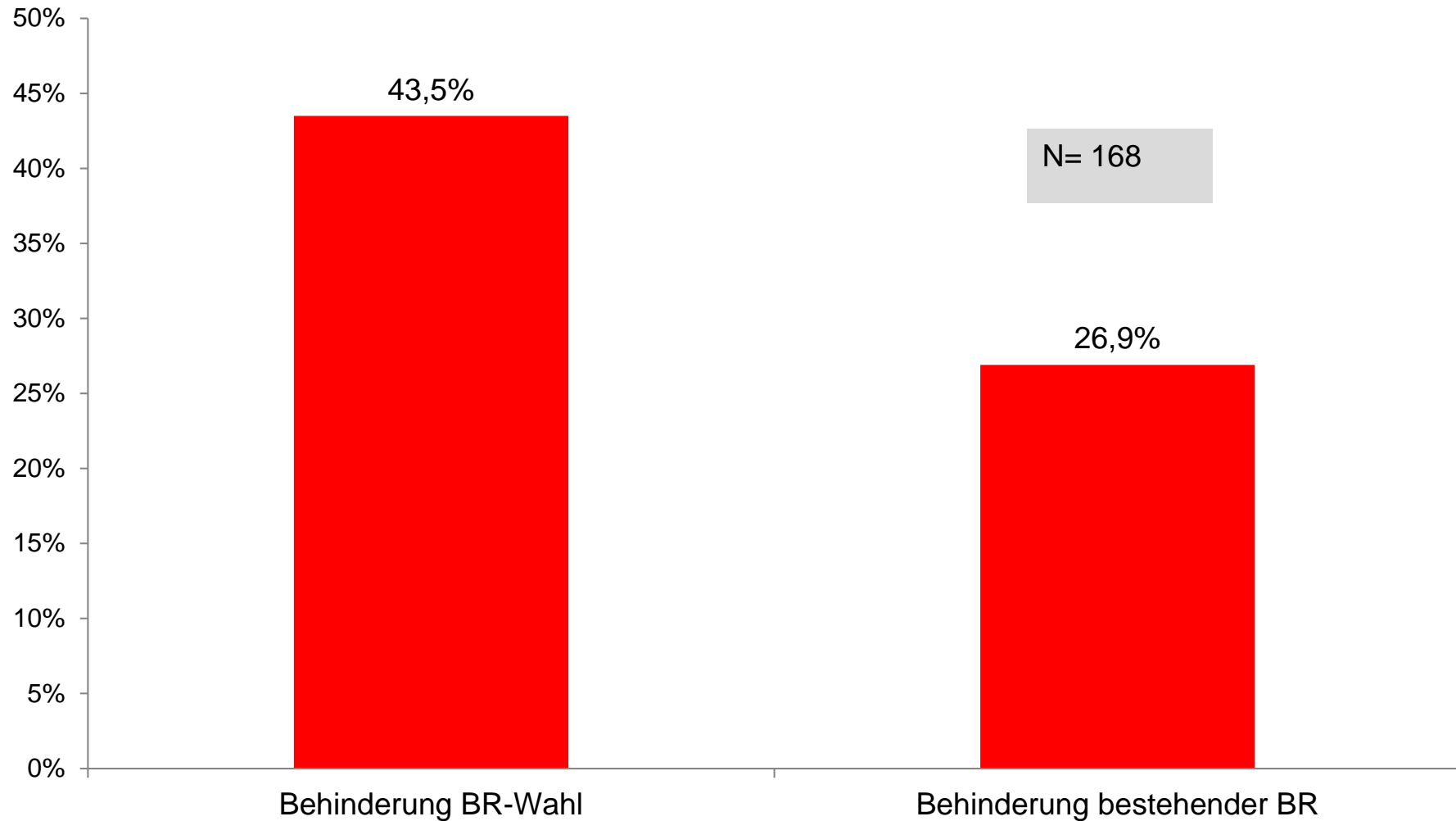
➤ **Arbeitnehmerbeteiligung muss europäisch werden**

ARBEITGEBERMAßNAHMEN GEGEN BETRIEBSRÄTE

Die „3. WSI Befragung hauptamtlicher Gewerkschafter (2018)“

- September 2018– Februar 2019 (frühere Befragungen 2012, 2015)
- pdf-Fragebogen über Hauptverwaltungen der Gewerkschaften an die untersten Gliederungen verschickt.
- beteiligte Gewerkschaften: NGG, IG Metall, IG BCE
- Angeschrieben wurden 247 lokale Gewerkschaftseinheiten, Rücklaufquote: 68% (= 168 Bezirke (IG BCE), Geschäftsstellen (IG Metall) oder Regionen (NGG))
- 1. Fragebogenteil zur Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen
- 2. Fragebogenteil zu gegen Betriebsräte gerichtete Maßnahmen von Arbeitgebern (noch nicht vollständig ausgewertet)

Anteil der Fälle in % der erhaltenen Fragebögen aus den Bezirken, Geschäftsstellen oder Regionen



Quelle: 3. WSI-Befragung hauptamtlicher Gewerkschafter (2018)

Analyseebene Betrieb

- insgesamt waren den 72 Gewerkschaftseinheiten, die eine solche Aktivität meldeten, **185** Betriebe bekannt, in denen es eine Behinderung der Wahl eines BR gab (Ø 2,6 Betriebe)

Wie verbreitet sind Maßnahmen gegen die Wahl eines BR?

- Zwischen 2016 und 2018 fanden in den 23 Regionen 35 Bezirken (IG BCE) sowie 110 Geschäftsstellen (IG Metall), die an der Befragung teilgenommen haben, Wahlen zu insgesamt **11.096** Betriebsräten statt.
- Bei **903** dieser Wahlen handelte es sich um die **erstmalige Wahl** eines Betriebsrats.
- In 1,7 Prozent *aller* Wahlen zu einem BR versuchten Arbeitgeber diese zu be- oder verhindern.
- In Bezug auf die **erstmalige Wahl** eines BR kam es in **14,8** Prozent zu solchen Behinderungsversuchen.

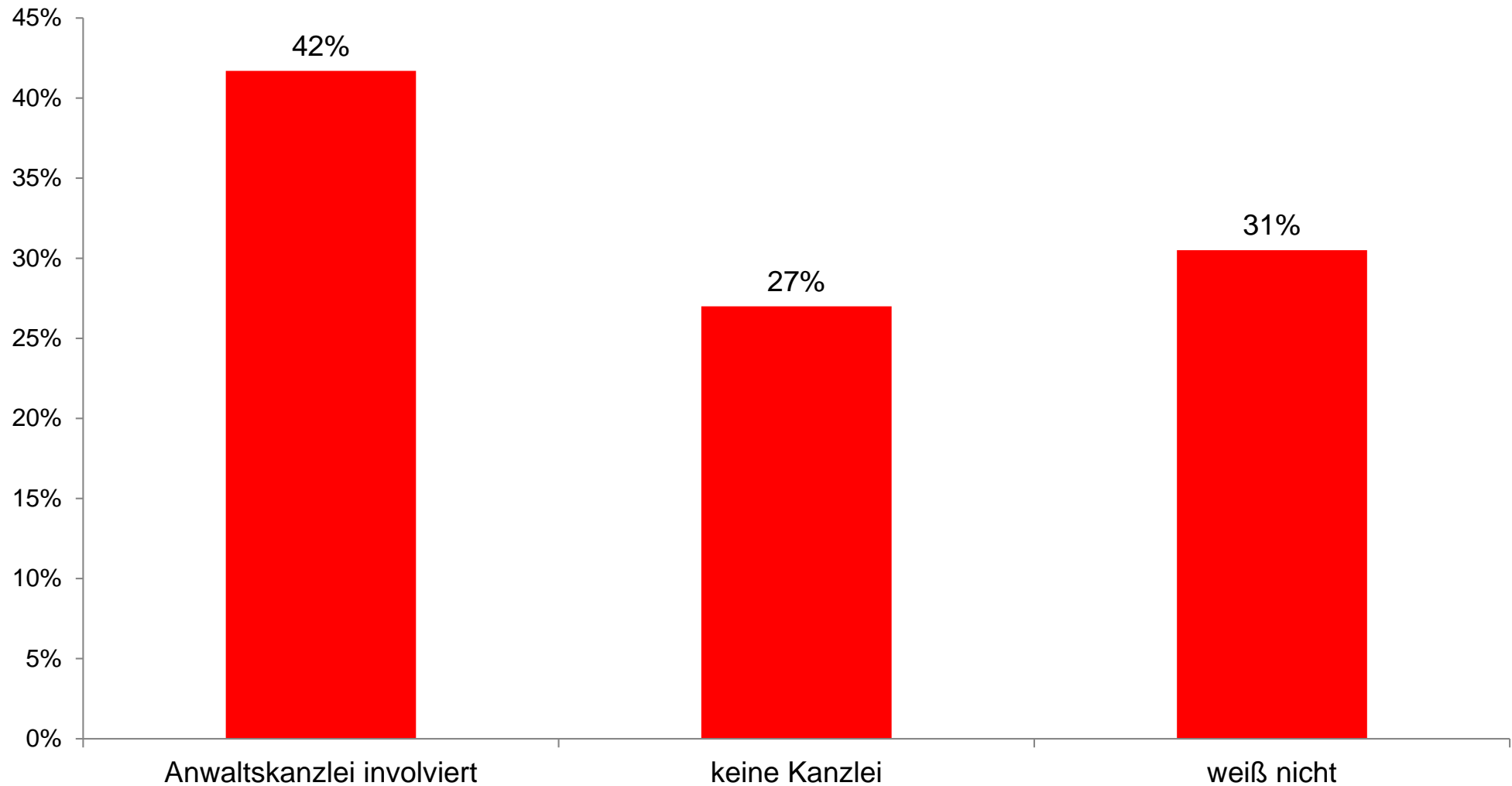
Welche Maßnahmen wurden ergriffen?

(nur Betriebe mit entsprechenden Aktivitäten, Mehrfachnennungen möglich, Angaben für IGM, IG BCE, NGG)

Maßnahmen gegen die Wahl eines Betriebsrats	Anteil (n= 153)
Einschüchterung möglicher KandidatInnen für den Betriebsrat	69%
Verhinderung der Bestellung eines Wahlvorstandes	66%
Unterstützung arbeitgebernaher KandidatInnen	43%
Kündigung von KandidatInnen für den Betriebsrat	17%
Zuständiger Gewerkschaft wird Zugang zum Betrieb verwehrt	12%
„Herauskaufen“ von KandidatInnen	19%
Weigerung der Herausgabe von Personallisten	14%
Kündigung von Mitgliedern des Wahlvorstandes	9%
Gezielte Reorganisation/Aufspaltung des Unternehmens	8%
Verlagerung, Ausgründung, Schließung des betreffenden Betriebs	1%
Sonstige	17%

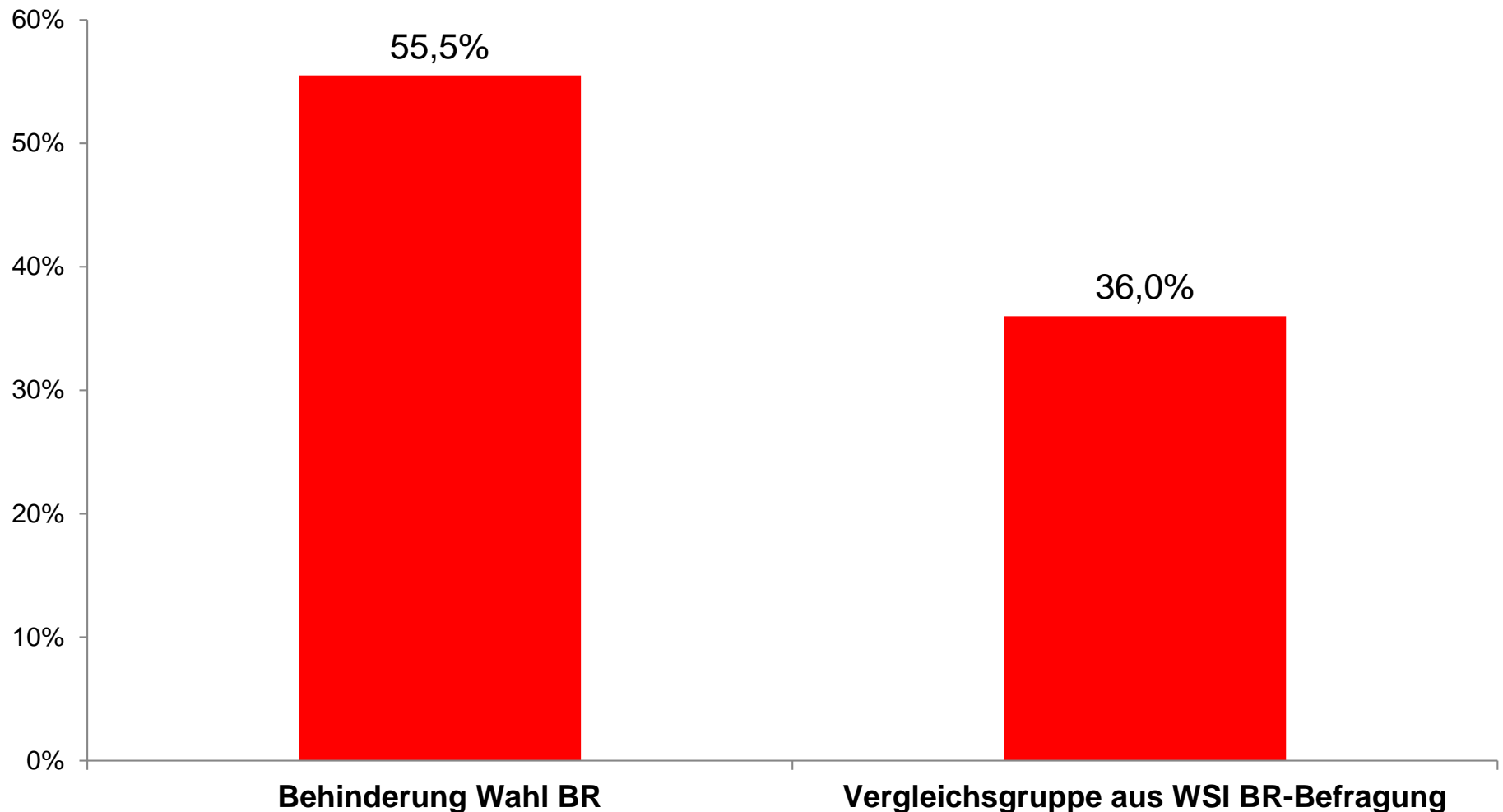
Quelle: 3 WSI-Befragung hauptamtlicher Gewerkschafter (2018)

Die Rolle von Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen, in % aller Fälle



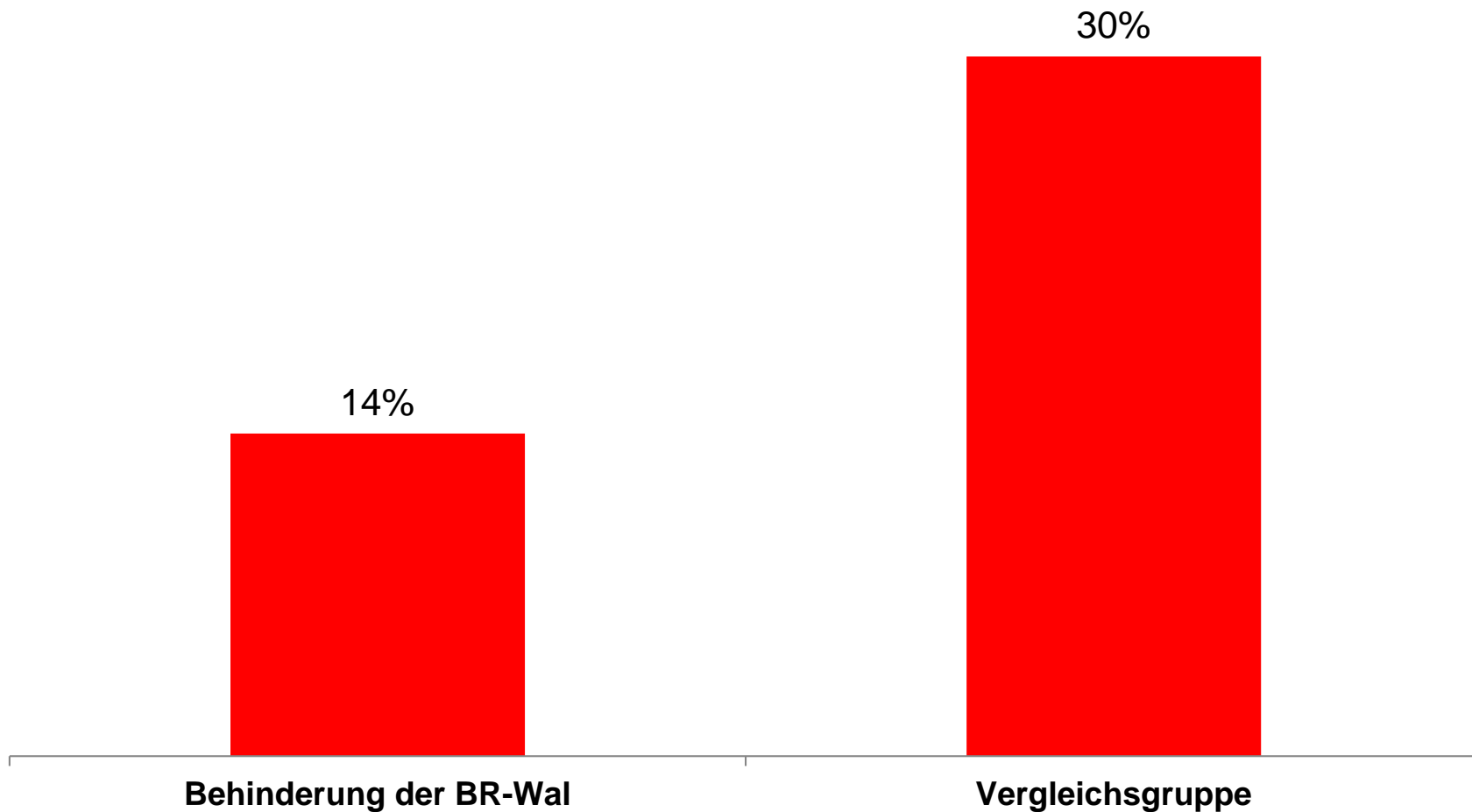
Quelle: 3. WSI-Befragung hauptamtlicher Gewerkschafter (2018)

Anteil von inhabergeführten Betrieben in der Gruppe der Betriebe mit ...

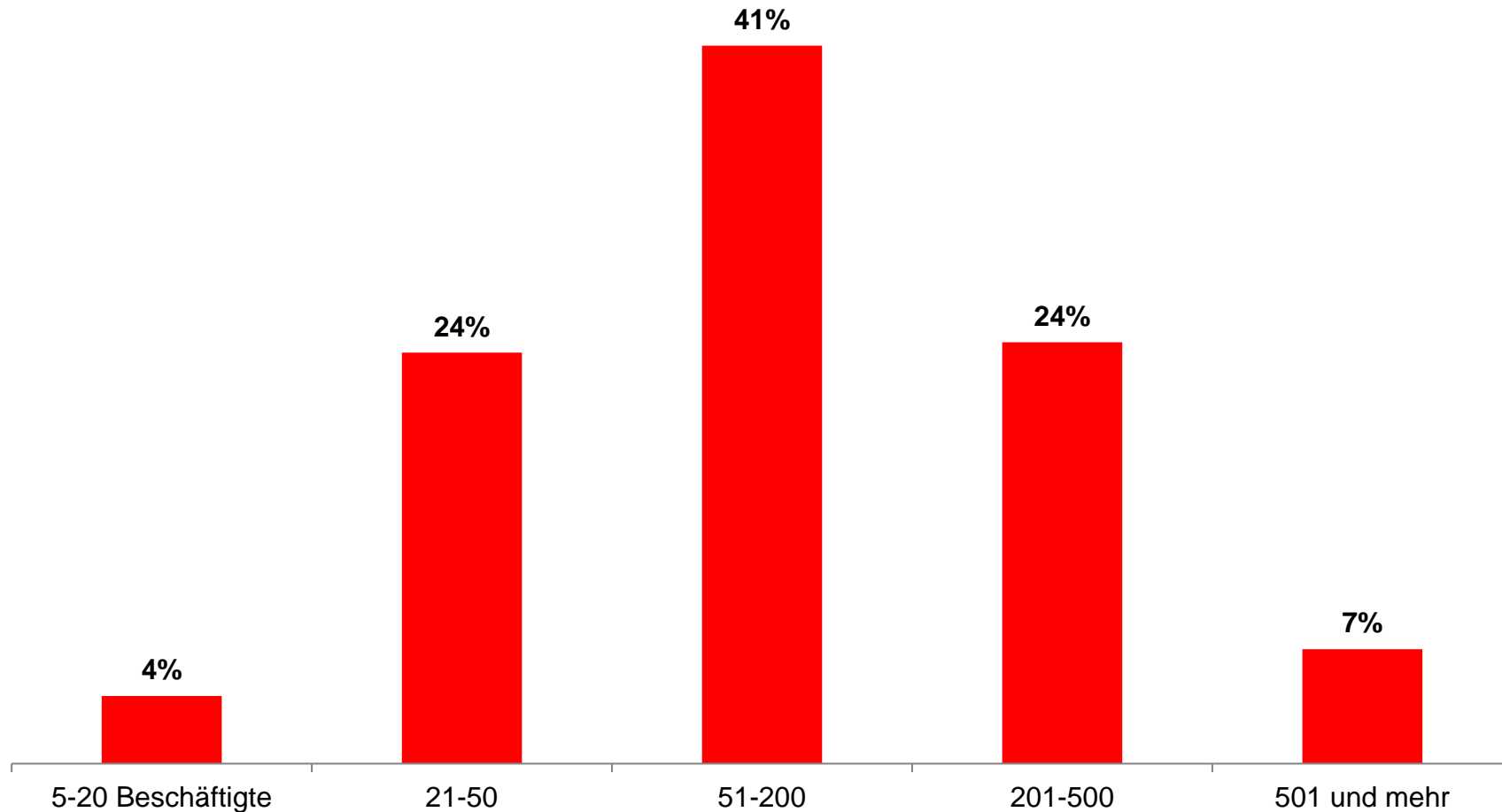


Quelle: 3. WSI-Befragung hauptamtlicher Gewerkschafter (2018)

Anteil von Betrieben im ausländischen Eigentum in der Gruppe der Betriebe mit ...



Der Einfluss der Betriebsgröße, Anteil der bekannten Fälle nach Betriebsgröße



Quelle: 3. WSI-Befragung hauptamtlicher Gewerkschafter (2018);

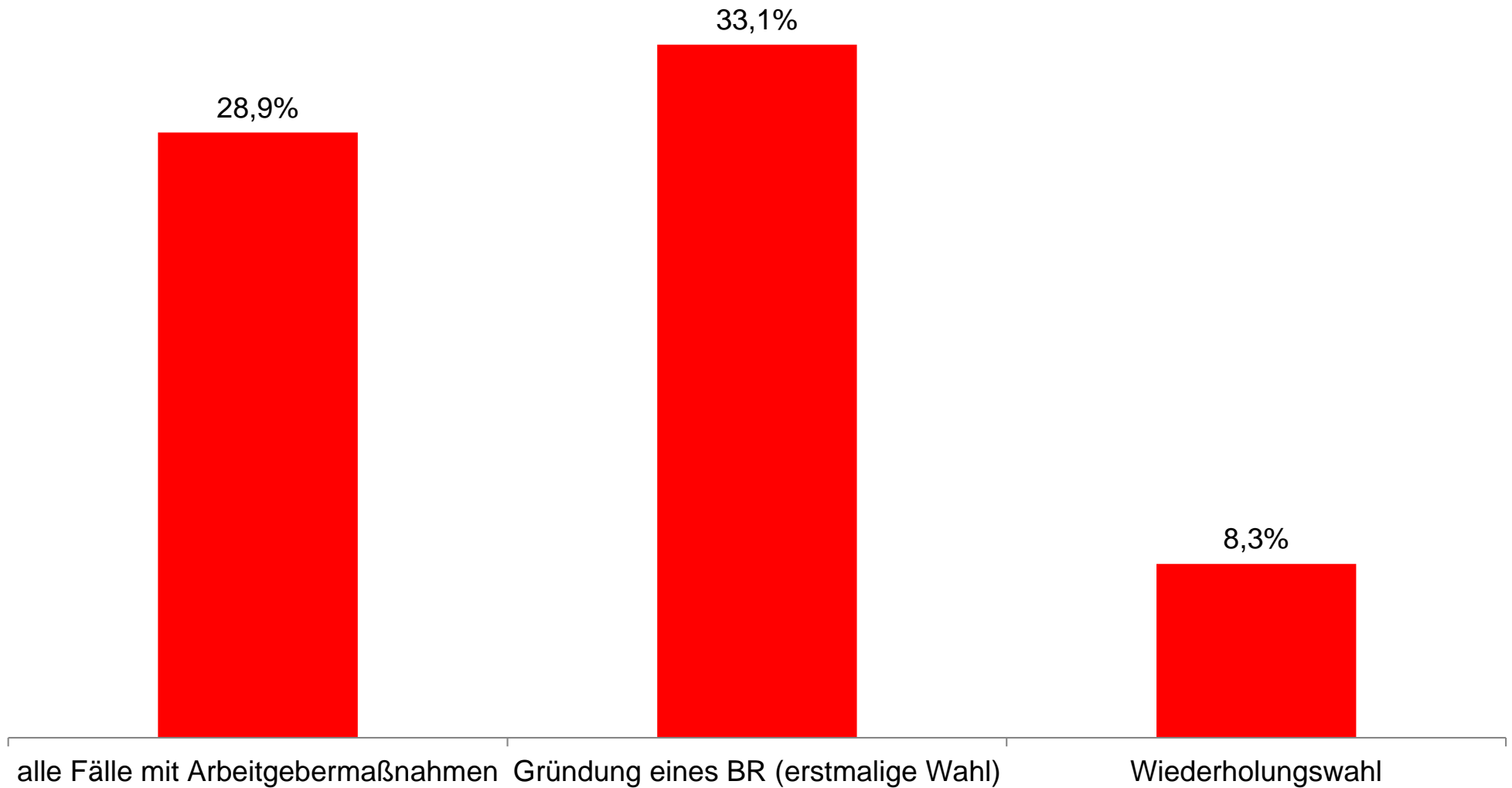
Lesebeispiel: 41 % aller bekannten Fälle der Behinderung von BR-Wahlen fanden in Betrieben mit 51 - 200 Beschäftigten statt

Strafantrag gestellt?

Wahl eines Betriebsrats: 5,2%

Wie „toxisch“ sind diese Maßnahmen?

Anteil der Betriebe in denen es nicht zur Wahl eines BR kam



GEGENSTRATEGIEN UND PERSPEKTIVEN

Ansatzpunkte für Gegenstrategien

- Besserer Schutz für die Initiator*innen einer Betriebsratswahl
- Bessere Sanktionierung bestehender Rechtsvorschriften wie z.B. § 119 BetrVG (Schwerpunktstaatsanwaltschaften, bessere Schulung, Offizialdelikt)
- Aufbau einer gewerkschaftlichen Unterstützungsstruktur
- Unterstützung von Beratungsstellen/Unterstützungskreisen wie z.B. „Fair im Betrieb“ in NRW

Kontakt

Dr. Sebastian Sick, LL.M.Eur.

Referatsleiter Wirtschaftsrecht

Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung I.M.U.
In der Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-257
sebastian-sick@boeckler.de
www.boeckler.de

Unternehmensrecht / Mitbestimmung / Corporate Governance -

PD Dr. Martin Behrens

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-258
Martin-Behrens@boeckler.de
www.boeckler.de